

Bezirksregierung Köln

Kommission für Regionalplanung und Strukturfragen des Regionalrates
<u>Sachgebiet:</u> Niederschrift der 5. Sitzung
Drucksache Nr.: KRS 88/2015
4. Sitzungsperiode

Köln, den 11. September 2015

Vorlage für die 6. Sitzung der Kommission für Regionalplanung und Strukturfragen des Regionalrates am 30. Oktober 2015

TOP 3: Genehmigung der Niederschrift über das wesentliche Ergebnis der 5. Sitzung der Kommission für Regionalplanung und Strukturfragen am 28. August 2015

Rechtsgrundlage: § 21 Abs. 10 Geschäftsordnung des Regionalrates (GO)

Berichterstatter: Herr Brück, Dezernat 32, Tel.: 0221 / 147-3624

Inhalt: Ergebnisprotokoll (Seiten 2 bis 7)
Anwesenheitsliste (3 Seiten)

Beschlussvorschlag:

Die Kommission für Regionalplanung und Strukturfragen des Regionalrates genehmigt die Niederschrift.

Niederschrift über das wesentliche Ergebnis der 5. Sitzung der Kommission für Regionalplanung und Strukturfragen des Regionalrates Köln am 28.08.2015 im Plenarsaal der Bezirksregierung Köln

Herr Konzelmann (Vorsitzender) eröffnet die Sitzung um 10:00 Uhr und begrüßt die anwesenden Mitglieder der Kommission für Regionalplanung und Strukturfragen sowie die Beschäftigten der Bezirksregierung Köln.

Der Vorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung, den Zugang der Sitzungsunterlagen und die Beschlussfähigkeit der Kommission fest.

TOP 1: Festlegung der Tagesordnung

Änderungen oder Ergänzungen der den Kommissionsmitgliedern vorliegenden Tagesordnung werden nicht beantragt.

Beschluss:

Die Tagesordnung wird einstimmig festgestellt.

TOP 2: Benennung eines stimmberechtigten Mitglieds der KRS zur Mitunterzeichnung des Ergebnisprotokolls der 5. KRS-Sitzung am 28.08.2015

Herr Westerschulze unterschreibt für die FDP Fraktion.

TOP 3: Genehmigung des Ergebnisprotokolls der 3. KRS-Sondersitzung am 13.04.2015

Drucksache Nr.: KRS 44/2015

Die Kommission fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die Niederschrift wird genehmigt.

TOP 4: Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesplanungsgesetzes (LPIG NRW)

Drucksache Nr.: KRS 63/2015

Herr Hundenborn erklärt, die Landesregierung habe mit Schreiben vom 24.06.2015 den Entwurf eines neuen Landesplanungsgesetzes bekannt gegeben und das Beteiligungsverfahren eingeleitet. Im Rahmen dieses Beteiligungsverfahrens seien auch die Regionalräte zur Stellungnahme bis zum 17.08.2015 aufgerufen worden. Die Vorsitzenden der Regionalräte sowie der Vorsitzende des RVR hätten bei der Staatskanzlei um Fristverlängerung gebeten, welche nicht gewährt worden sei. Die Regionalräte und der RVR behielten sich gleichwohl vor, auch außerhalb der Frist eine Stellungnahme zu verfassen und der Landesregierung vorzulegen.

Die Bezirksregierung habe mit der Sitzungsvorlage KRS 63/2015 Erläuterungen zum Gesetzentwurf gegeben und z.T. auch Stellung bezogen. Er wolle heute noch einmal auf zwei Punkte eingehen, die sicher im Fokus der Regionalräte stünden und die das Zielabweichungsverfahren betreffen.

Im bisherigen § 16 Abs. 4 Satz 2 LPIG sei für die Zielabweichung ein „Einvernehmen“ mit der Belegenheitsgemeinde und dem Regionalrat erforderlich. Nach der Neufassung sei die Entscheidung im „Benehmen“ mit der Belegenheitsgemeinde und dem Regionalrat zu treffen. Die Mitwirkungsrechte des Regionalrates seien damit abgeschwächt. Ihm, Herrn Hundenborn, sei bewusst, dass diese Rechtsänderung von den Regionalräten kritisch gesehen würde. Rechtlich sei diese freilich nicht zu beanstanden. Denn die Zielabweichung sei eine Entscheidung über Rechtsfragen. Es sei zu prüfen, ob eine Abweichung unter raumordnerischen Gesichtspunkten vertretbar sei und ob die Grundzüge der Planung unberührt blieben. Es handele sich damit um eine verwaltungsinterne Entscheidung über das Abweichen von einer Rechtsnorm, welche die Verwaltung in eigener Zuständigkeit zu treffen habe.

Mit dem neuen § 16a werde ein neues, eigenständiges Zielabweichungsverfahren für bauliche Anlagen des Bundes oder des Landes mit besonderer Zweckbestimmung nach § 37 BauGB geschaffen. Bei diesen Anlagen gehe es z.B. um Justizvollzugsanstalten, forensische Kliniken, denkbar seien aber auch Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes für die Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerbern. Hier werde die kritische Bewertung, die aus Teilen des Regionalrates geäußert worden seien, geteilt. Für die genannten Anlagen dürfe eine Zielabweichung verfügt werden, wenn das Vorhaben nicht unter raumordnerischen Gesichtspunkten vertretbar sei oder die Grundzüge der Planung berührt seien. Es sei fraglich, ob der teilweise Ausschluss der bundesgesetzlich festgelegten materiell rechtlichen Voraussetzungen des § 6 Abs. 2 ROG zulässig sei. Die Vorschrift lasse ein Absehen von einem Regionalplanänderungsverfahren nur unter den beiden dort genannten Voraussetzungen – raumordnerische Vertretbarkeit und Nichtberührtsein der Grundzüge der Planung – zu. Hieran sei auch das Land gebunden und daran könne auch die besondere öffentliche Zweckbestimmung der baulichen Anlage nichts ändern.

In der anschließenden Aussprache bekräftigten **Herr Müller, Herr Waddey, Herr Höfken** und **Herr Jansen** für Ihre Fraktionen sowohl ihre kritische Haltung zu den soeben angesprochenen Vorschriften sowie weiterer vorgesehener Rechtsänderungen, aber auch zu den verkürzten Beteiligungsfristen, die den Fraktionen keine Möglichkeit einer ausführlichen Auseinandersetzung mit dem Gesetzentwurf und der Möglichkeit einer fundierten Stellungnahme geboten hätten.

Der Vorsitzende schließt den Tagesordnungspunkt mit dem Hinweis, dass eine interfraktionelle Stellungnahme noch erarbeitet werde, welche dem Regionalrat – unbeschadet der abgelaufenen Frist - in der Septembersetzung zur Beschlussfassung vorgelegt werde.

TOP 5: Abgleich Einplanungsvorschlag mit dem STEP 2015

Drucksache Nr.: KRS 65/2015

Herr Schwerdt berichtet, dass nach der Sondersitzung der KRS noch bewilligungsreife Anträge eingegangen seien, die in den Einplanungsvorschlag aufgenommen

worden seien. Weiter erläutert er die Kürzungen wegen Überzeichnung in den Programmen „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren und „Stadtumbau West“.

Auf die Nachfrage von **Frau Herlitzius**, warum Alsdorf-Mitte und Vogelsang nicht ins STEP 2015 aufgenommen worden seien, erläutert **Herr Schwerdt** zu Vogelsang, dass die zuständigen Ministerien – Wirtschaftsministerium für Konversion und Städtebauministerium für Städtebauförderung – sich kurzgeschlossen hätten und eine Deckelung beschlossen hätten, da es für dieses Projekt eine Höchstbetragsfinanzierung gäbe. Gerade bei EU-finanzierten Projekten würde eine Gesamtanerkennung der Gesamtmaßnahme durchgeführt und dies sei dann der Deckel.

Alsdorf habe schon sehr viele Fördermittel bekommen und angesichts der begrenzten Mittel sei Alsdorf-Mitte nicht aufgenommen worden.

Auf die Nachfrage von **Herrn Müller** antwortet **Herr Schwerdt**, dass der Status der Maßnahme Wesseling „ruhend“ sei und **Herr Labenz** erläutert ergänzend die Gründe, warum auch 2016 bei Wesseling eine „0“ stünde.

Der Vorsitzende bittet um einen Ausblick auf STEP 2016.

Herr Schwerdt antwortet, dass er hierzu noch keine Aussagen treffen könne, da der Erlass über die Höhe der einzuplanenden Gelder für den Einplanungsvorschlag noch nicht vorliege. Er hoffe hierzu in der nächsten Sitzung berichten zu können.

TOP 6: Breitbandförderung

Drucksache Nr.: KRS 66/2015

Herr Fehres erläutert nochmals zusammenfassend die Breitbandförderung im ländlichen Raum.

In der sich anschließenden sehr eingehenden Aussprache, an der sich **Herr Dr. Albach**, **Frau Herlitzius**, **Herr Jansen**, **Herr Borning** und **Frau Neisse-Hommelsheim** beteiligten, gibt es zahlreiche Nachfragen, insbesondere zur Leis-

tungsfähigkeit, den Voraussetzungen für die Breitbandförderung und den noch vorhandenen Netzlücken.

Herr Deppe weist auf die noch offenen Punkte hin und stellt fest, dass die Beratung noch nicht abgeschlossen sei. Deshalb solle die Bezirksregierung weiterhin in den Sitzungen des Regionalrates und der KRS über den aktuellen Stand berichten.

TOP 7: Anfragen

- a) Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Nitratbelastung im Grundwasser im Bereich des Regierungsbezirkes Köln**
Drucksache: KRS 64/2015

Frau Hemmann weist auf einige redaktionelle Änderungen hin, die nachträglich in die Vorlage eingearbeitet werden müssten.¹

An der sich anschließenden Diskussion über die Gülleproblematik beteiligten sich **Herr Metz, Frau Herlitzius, Herr Deppe** und **Herr Dr. Albach**.

- b) Anfrage der Fraktion DIE LINKE und Frau Plum (Piraten) zum „Integrierten Handlungskonzept Innenstadt (InHK)**
Drucksache: KRS 81/2015

Hierzu äußerten sich **Frau Plum** und **Herr Müller**.

- c) Anfrage der CDU und SPD Fraktion zu Fragen zum Entwurf des Abfallwirtschaftsplans: Teilplan Siedlungsabfälle**
Drucksache: KRS 82/2015

Hierzu äußerten sich **Herr Höfken, Herr Jansen** und **Herr Waddey**.

¹ Die korrigierte Vorlage wurde an die Mitglieder versandt und auf der Internetseite sowie dem BSCW-Server ausgetauscht.

TOP 8: Anträge

Der Vorsitzende stellt fest, dass keine Anträge vorlägen.

TOP 9: Mitteilungen

a) der Bezirksregierung

- 1) **16. Planänderung, Teilabschnitt Region Aachen, Umwandlung GIB in ASB, Stadt Eschweiler**
Drucksache Nr.: 67/2015

- 2) **Verlängerung Gemeingebrauchsverordnung für Rurseen**
Drucksache Nr.: 68/2015

Hierzu gab es Nachfragen von **Herrn Singer** und **Herrn Borning**.

b) des Vorsitzenden

Mitteilungen des Vorsitzenden liegen nicht vor.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung um 11:30 Uhr mit einem Dank an alle Anwesenden.

Der Vorsitzende der
Kommission für Regional-
planung und Strukturfragen
des Regionalrates des Re-
gierungsbezirkes Köln

gez. Thorsten Konzelmann

Kommission für Regional-
planung und Strukturfragen
des Regionalrates des
Regierungsbezirkes Köln

gez. Stefan Westerschulze

Aufgestellt:
gez. Hubert Brück
BR Köln, Geschäftsstelle

Kommission für Regionalplanung und Strukturfragen
- Anwesenheitsliste -

KRS am 28. August 2015

1. Stimmberechtigte Mitglieder

CDU - Fraktion

Name	anwesend
Borning, Ronald	X
Clemens, Gerhard	X
Deppe, Rainer (MdL)	X
Donie, Brigitte	X
Finkeldei, Norbert	
Götz, Stefan	
Hebbel, Paul	X
Jansen, Franz-Michael	X
Maiwaldt, Wolfgang	
Neisse-Hommelsheim, Carla	X
Weber, Günter	X
Stellvertreter/in	
De Bellis-Olinger, Teresa Elisa	
Dohmen, Hans-Willi	
Fabian Gerd	
Dr. Kehren, Hanno	
Kitz, Marcus	
Moll, Bert	
Nessler-Komp, Birgitta	
Stefer, Michael	
Knauff, Sebastian	

FDP

Name	anwesend
Müller, Reinhold	X
Westerschulze, Stefan	X
Stellvertreter/in	
Göbbels, Ulrich	
Troppens, Detlef	X
Freynick, Jörn	
Feudel, André	

SPD - Fraktion

Name	anwesend
Frenzel, Michael	X
Höfken, Heiner	X
Konzelmann, Thorsten	X
Krings, Hans	X
Schaper, Dieter	X
Schlüter, Volter	X
Schmitz, Hans	entsch.
ten Haaf, Ralf	X
Stellvertreter/in	
Hengst, Milanie	
Neitzke, Gerhard	X
Noack, Horst	
Oetjen, Hans-Friedrich	
Tüttenberg, Achim (MdL)	
van Geffen, Jörg	

DIE GRÜNEN

Name	anwesend
Herlitzius, Bettina	X
Lambertz, Horst	X
Metz, Martin	X
Waddey, Manfred	X
Stellvertreter/in	
Beu, Rolf (MdL)	
Zentis, Gudrun (MdL)	
Schäfer-Hendricks, Antje	

Die Linke

Name	anwesend
Singer, Peter	X
Stellvertreter/in	
Hane-Knoll, Beate	

Freie Wähler

Name	anwesend
Bornhold, Rüdiger	
Stellvertreter/in	
Schmitz, Heinz	X

AfD

Name	anwesend
Sperrath, Jürgen	entsch.

Piraten

Name	anwesend
Plum, Yvonne	X

Beratende Mitglieder gem. § 8 Abs. 3 Landesplanungsgesetz

Name	anwesend
Landschaftsverband Rheinland	
Stadt Aachen	
Stadt Bonn	
Stadt Köln	
Stadt Leverkusen	
StädteRegion Aachen	
Kreis Düren	X
Kreis Euskirchen	
Kreis Heinsberg	
Oberbergischer Kreis	X
Rheinisch-Bergischer-Kreis	
Rhein-Erft-Kreis	X
Rhein-Sieg-Kreis	X

Beratende Mitglieder gem. § 8 Abs. 1 Landesplanungsgesetz

Name	anwesend
Behlau, Stefan - DBB NRW	
Dr. Weltrich, Ortwin - HWK zu Köln	
Fink, Brunhilde - LAG NRW	
Hachtel, Monika - LbNV NRW	
Heimann, Ulrich	X
Kornell, Günter - LWK NRW	X
Mährle, Jörg - DGB	
Dr. Soénius, Ulrich - IHK NRW	
Woelk, Ralf - DGB	

Beratende Mitglieder gem. § 22 Abs. 3 der Geschäftsordnung

Name	anwesend
Dr. Albach, Rolf	X
Bucher, Katrin	
Hamel, Jörg	X
Jungblut, Marika	X
Lindemann-Berk, Cornel	entsch.
Mannheims, Carsten	X
Pakendorf, Uwe	X
Wagner, Hanns-Christian	

Fraktionsgeschäftsführungen

Hoffmann, Hajo	X
Jörn, Freynick	X
Schäfer-Hendricks	
Knauff, Sebastian	

Teilnehmer von der Bezirksregierung Köln

Herr Kotzea, AL 3
Herr Schwerdt, Dezernat 35
Herr Labenz, Dezernat 35
Herr Jakob, Dezernat 35
Herr Fehres, Dezernat 33
Frau Reinhardt, Dezernat 33
Frau Hemmann, Dezernat 33
Herr Hundenborn, Dezernat 32
Herr Ulmen, Dezernat 32
Frau Müller, Dezernat 32
Herr Brück, Dezernat 32
Frau Weidmann, Dezernat 32